

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 17/23-27) des Beirates Neustadt am Donnerstag, den 27.03.2025,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, von 19:00 bis 21:12 Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer	Anke Maurer	Udo Schmitz
Christian Kok	Jens Oppermann	Martina Tallgauer-Bolte
Lars Köke	Johannes Osterkamp	Renee Wagner (bis 20:20 Uhr)
Gabriele Mahro	Britta Schmidt	

Fehlend: Janne Müller (e), Kai Stührenberg (e), Azalea Rahman (e), Vibke Martens (e), Marlin Meier (e), Colin Nolte (e), Marcus Tödtheide (e)

Referent:innen: Herr Hornung (Denk X Stadt), Herr Nordhausen und Herr Gieseler (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, OAL = Ortsamtsleitung, FA = Fachausschuss

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verabschiedung von Astrid-Verena Dietze als Stadtteilmanagerin. Der Beiratssprecher bedankt sich im Namen des Beirates für die gute Zusammenarbeit und das Engagement von Frau Dietze.

Anschließend erfolgt die Begrüßung und Vorstellung ihrer Nachfolgerin Frau Carina Henkel. Sie lebt seit 5 Jahren in der Neustadt und arbeitet bereits seit zwei Jahren im Stadtteilmanagement, wo sie bereits an einer Vielzahl von Projekten beteiligt war. Des Weiteren ist das Neustadt Stadtteilmanagement umgezogen und seit dem 1. März 2025 unter der Anschrift: Alte Post, Meyerstraße 38/40, 28201 Bremen, zu erreichen. Frau Henkel ist unter henkel@neustadtbremen.de erreichbar.

Der BS bedankt sich für die Vorstellung und heißt Frau Henkel herzlich willkommen.

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen liegt ein Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung (TO) um den Punkt 9c (Globalmittel) „Initiativantrag des Beirates zu SummerSounds 2025“ vor. Zunächst wird über die Erweiterung der TO um den oben genannten Punkt abgestimmt. (9 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Ein BM der LINKEN beantragt zudem die Erweiterung der TO um den neuen TOP 10 „Änderung der Beiratsbeteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren“. Nach kurzer Erläuterung erfolgt die Abstimmung. (8 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, 1 Nein-Stimme)

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung inklusive der beiden oben genannten Ergänzungen genehmigt. (einstimmig, bei einer Enthaltung)

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

• Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

- Eine der „Beetpatinnen“ am Gottfried-Menken-Markt berichtet, dass der Marktplatz infolge von Baumaßnahmen der GEWOBA zurzeit als illegaler Parkplatz benutzt werde. Sie bittet das Ortsamt, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen, damit das illegale Parken unterbunden wird. Der BS schlägt vor, entsprechend der Lösung für die gleiche Problematik am Delmemarkt, Poller über das Stadtteilbudget zu fördern, welche das Parken unterbinden und von den Marktbetreibern verwaltet werden können. Das Ortsamt wird diesbezüglich Kontakt mit dem Amt für Straßen und Verkehr aufnehmen.

- Ein Bürger erkundigt sich nach dem Sachstand der Zuschüsse für Vollküchen in den Kitas der evangelischen Kirche und bittet den Beirat um Unterstützung, da die Zuschüsse nach Planungen des Ressorts wegfallen sollen. Dies sei konträr zum Aktionsplan 2025. Ein BM der SPD erklärt, dass der Beirat die Vollküchen grundsätzlich unterstützte. Das Thema sei noch nicht auf der heutigen TO, weil es hierzu noch eine Anfrage des Beirates an die zuständige senatorische Behörde ungeklärt sei (Wie hoch war die Finanzierung? Wie hoch soll sie zukünftig sein? Wie hoch ist sie im Vergleich zu anderen Trägern?). Diese Anfrage sei noch unbeantwortet, das Thema soll aber im zuständigen FA oder im Beirat behandelt werden, sobald mehr Informationen vorliegen.
- Eine Bürgerin erkundigt sich, inwieweit die derzeitige Vermischung von Fuß- und Radverkehr auf dem Huckelrieder Friedensweg erwünscht sei, da es hier zu unübersichtlichen Situationen komme. Die OAL erläutert, dass es sich um einen Weg in einer Grünanlage handle und deshalb keine getrennten Wege vorgesehen seien. Gegenseitige Rücksichtnahme sei hier das oberste Gebot.
- **Berichte der Beiratssprecher**
 - -/-
- **Berichte des Amtes**
 - -/-

TOP 3. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

Ein Mitglied aus dem Regionalausschuss berichtet von der letzten Sitzung des Regionalausschusses. Hier sei zuletzt zu den Planungen eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) am Rotes-Kreuz-Krankenhaus berichtet worden, welches nun eröffnet wurde. Im ehemaligen Klinikum Links der Weser sei auch ein MVZ geplant, das von der Geno organisiert und koordiniert werden soll.

Zudem sei über die Planungen zum Umzug der Palliativstation vom Klinikum Links der Weser nach Bremen Mitte berichtet worden. Der Umzug wird begründet mit der Notwendigkeit, dass die Palliativstation einen Anschluss an eine somatische Klinik benötige. Das Team der Palliativstation wechselt ans Klinikum Bremen Mitte.

Ein Mitglied des Ausschusses, welches dem BSW angehört, habe angekündigt, dass man einen Volksentscheid anstrebe, um die Schließung des Klinikums links der Weser zu verhindern.

TOP 4. Vorstellung der Planungen zum Hachez-Quartier

Herr Hornung von der Denk X Stadt GmbH stellt die Planungen zum neuen Hachez-Quartier anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Sein Unternehmen sei seit Spätsommer 2024 Eigentümer des Areals und sei seitdem damit beschäftigt die bestehende Planung anzupassen und weiterzuentwickeln. Alle Planungen befinden sich in der Abstimmung mit der Stadtplanung.

Zunächst stellt Herr Hornung die Planungen, die sich noch in einem frühen Stadium befinden und deshalb noch nicht veröffentlicht werden sollen, anhand von Bildmaterial vor. Unter anderem sollen im Quartier Wohnraum, eine fünfzügige Kita, Räumlichkeiten für eine Schule, kulturelle Nutzungsmöglichkeiten und eine Tiefgarage entstehen. Dabei sollen (insbesondere denkmalgeschützte) Gebäude im Bestand erhalten bleiben und durch Neubauten ergänzt werden.

Insgesamt soll es sich um ein vielseitiges, modernes Quartier handeln, welches möglichst viel Begrünung und wenig Versiegelung aufweisen werde. Zwei alte Schokoladentanks sollen als Regenwasserspeicher benutzt werden.

Zudem werde ein innovatives Energiekonzept Anwendung finden, welches großflächige Photovoltaikanlagen und einen neuartigen „Klimaturm“ sowie drei Wärmespeicher umfassen soll, die in Verbindung mit einer vertikalen Wärmepumpe insgesamt ca. 3000 Kilowatt Energie erzeugen soll, was ungefähr dem Verbrauch von 350 Haushalten entspreche. So solle das gesamte Quartier mit Wärme versorgt werden können.

Hinsichtlich Fragen der SPD zur Kita, führt Herr Hornung aus, dass man sich hier noch im Anfangsstadium der Planungen befinde. Es sei jedoch vorgesehen, die Außenbereiche nach Schließung der Kita ab Nachmittag für das Quartier zu öffnen.

Auch hinsichtlich der Frage nach inklusiven Spielflächen erklärt Herr Hornung, dass hierzu noch keine detaillierte Planung stattgefunden habe, man sei jedoch offen für Vorschläge. Ein SPD-Mitglied bringt das Beispiel der Kita Matthias-Claudius an, wo derzeit in Kooperation mit dem Kinderhilfswerk und der Senatorin für Jugend ein inklusiver Spielplatz umgesetzt werde.

Auch für die Idee zur Beteiligung von Kindern an den zu gestaltenden Spielflächen zeigt sich Herr Hornung offen.

Zur Frage der Linksfraktion, inwieweit zu schneller Durchgangsverkehr verhindert werden solle, erklärt Herr Hornung, dass die Durchwegung nicht öffentlich nutzbar sein solle.

Der BS berichtet, dass bei vorherigen Planungen unter anderem die Initiative Schokotopia sich dafür eingesetzt habe, dass das Quartier dem gesamten Stadtteil zugutekommt und beispielsweise genossenschaftliches Wohnen umgesetzt werde. Auch diesbezüglich erklärt Herr Hornung, dass man offen für einen Austausch sei.

Auf die entsprechende Frage der Linksfraktion zur Sozialwohnungsquote, erklärt Herr Hornung, dass diese selbstverständlich eingehalten werde.

Ein SPD-Mitglied regt an, dass die bereits bestehenden Planungen und Ideen für eine soziokulturelle Nutzung aufgegriffen werden sollten. Er bittet diesbezüglich um Rückmeldung der Investoren, was umgesetzt werden kann und was nicht.

Zur zeitlichen Planungen führt Herr Hornung aus, dass die Bestandsgebäude priorisiert werden. Ziel sei es, in 9-12 Monaten den ersten Bauantrag einzureichen, weitere Bauanträge dann in schätzungsweise 12-20 Monaten. Je nach Länge des Genehmigungsprozesses (ca. 1 Jahr) könne dann mit dem Umbau begonnen werden. Ziel sei es, im kommenden Winter mit Rückbaumaßnahmen zu beginnen. Die Bautätigkeiten in Bestandsgebäuden könnten dann gegebenenfalls Ende des kommenden Jahres beginnen. Wiederum ca. ein Jahr später könnte mit Neubauten begonnen werden. Im Bestand sei mit einer Bauzeit von ca. eineinhalb Jahren zurechnen, bei Neubauten mit zwei bis zweieinhalb Jahren.

Hinsichtlich der Geschosshöhe erklärt Herr Hornung auf entsprechende Nachfrage, dass der Hochpunkt etwas höher liege als der bisherige Bestand. Der Hochpunkt bestehe in Richtung Westerstraße Ecke Süderstraße.

Abschließend erklärt Herr Hornung auf Nachfrage, dass sein Unternehmen Eigentümer bleibe und keine Verkäufe von einzelnen Gebäuden oder Wohnungen vorgesehen seien.

Der BS bedankt sich abschließend und begrüßt die Planungen insbesondere in Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte. Er habe den Eindruck, dass auch die weiteren Ideen ernstgenommen werden und freue sich auf die weitere Zusammenarbeit.

TOP 5. Aufhebung des Sanierungsgebietes Huckelriede

Herr Nordhausen und Herr Gieseler (Vertreter der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS)) erläutern die Aufhebung des Sanierungsortsgesetzes Huckelriede/Sielhof und berichten von umgesetzten Projekten anhand einer Power-Point-Präsentation.

Gemäß § 169 Abs. 1 Nr. 8 i.V.m. §162 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ist die Satzung aufzuheben, wenn die Sanierung durchgeführt worden ist. Abschließend weisen die Referenten darauf hin, dass sie sich über die formale Zustimmung des Beirates zur Aufhebung des Sanierungsgebietes freuen würden.

Im Anschluss an die Präsentation bedankt sich ein SPD-Mitglied ausdrücklich für die Begleitung des langjährigen Projektes durch Herrn Gieseler, der die positive Entwicklung von Anfang an begleitet habe. Gemeinsam müsse es nun gelingen, die Entwicklung fortzuführen.

Die Beiratsmitglieder einigen sich darauf, einen Beschluss über die Zustimmung zur Aufhebung des Sanierungsgebietes zu fassen.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stimmt der Aufhebung der Satzung über die „Festlegung eines Sanierungsgebietes Huckelriede/Sielhofspricht“ zu. (einstimmig, bei zwei Enthaltungen)

TOP 6. Beschlussfassung zu: Einberufung einer Planungskonferenz zum Thema „Entwicklung Huckelriede“

Eingangs wird der vorliegende [Beschlussvorschlag](#) der Fraktionen der SPD, der LINKEN, des Bündnis 90 DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP von einem Beiratsmitglied der LINKEN vorgestellt und erläutert.

Anschließend erfolgt die Abstimmung.

Beschluss: Die Stabilisierung der positiven sozialen Entwicklung und die städtebauliche Weiterentwicklung Huckelriedes ist ein komplexer Prozess, der die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ressorts, des Beirats und der Menschen in Huckelriede benötigt. Aus diesem Grund und auf Grundlage der im Abschluss- und Zukunftskonzept für das Sanierungsgebiet Huckelriede/Sielhof dargelegten Ziele und Vorhaben führt der Beirat Neustadt am 27. Juni 2025 eine Planungskonferenz durch zu den Schwerpunkten

- **Bildung und Soziales**

langfristige Absicherung der Jugend- und Bildungsprojekte, der Kooperation der Circusschule Jokes mit der Wilhelm Kaisen-Schule/dem Kaisencampus, den Ganztagsgrundschulen Buntentorsteinweg und Helene-Kaisen-Grundschule durch ausreichende und auf Dauer angelegte Finanzierung („Integrierte Gesamtbetrachtung¹, S.56 ff))

¹ „Integrierte Gesamtbetrachtung - Ein Abschluss- und Zukunftskonzept für das Sanierungsgebiet Huckelriede/Sielhof“ (Im Auftrag der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Februar 2023)

- **Wohnen**

auch künftig bezahlbare Mieten

- **Städtebau, Verkehr und Wirtschaft**

Entwicklung eines Mobilitätskonzepts für Huckelriede mit dem Ziel der Reduzierung von Durchgangsverkehren, Aufwertung von Wohnstraßen und Straßenräumen, Reduzierung von Verkehrsimmissionen („Integrierte Gesamtbetrachtung“, S.102) und Entwicklung eines Gestaltungsleitfadens mit dem Ziel der Herausbildung und Stärkung einer vitalen Ortsmitte Huckelriedes (Integrierte Gesamtbetrachtung*, S.105). Stärkung der Nahversorgung und des Einzelhandels

- **Umwelt und Entwicklung klimafreundliches Huckelriede**

Entwicklung von Zielen für Grün- und Freiraumplanung, Umgestaltung des öffentlichen Raums, Weiterentwicklung und ökologische Aufwertung von Plätzen und Grünachsen.

Zu der Planungskonferenz lädt der Beirat die Senatorin für Kinder und Bildung, die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt und Wissenschaft und die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation ein. Diese werden aufgefordert, ihre Planungsabsichten darzulegen. Der Beirat wird zur Vorbereitung der Planungskonferenz bis zum 5. Mai 2025 einen Fragenkatalog an die beteiligten Ressorts schicken. (einstimmig) (Ein BM war während der Abstimmung abwesend)

TOP 7. Beschlussfassung zu: Reservierung von Globalmitteln für den Ortsteil Huckelriede

Zunächst wird der vorliegende [Beschlussvorschlag](#) der Fraktionen der SPD, der LINKEN, des Bündnis 90 DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP vorgestellt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung.

Beschluss: Mit dem Auslaufen der WiN-Förderung können viele bewährte soziale Projekte in Huckelriede nicht mehr gefördert werden. Die Projekte sind allerdings weiterhin erforderlich, um die positive soziale Entwicklung in Huckelriede abzusichern. Im Jahr 2025 werden die Mittel der WiN Förderung noch reduziert zur Verfügung stehen – deswegen beschließt der Beirat Neustadt für das Jahr 2025 zur Unterstützung dieser Projekte Globalmittel zur Verfügung zu stellen und fordert hiermit Träger und Einrichtungen in Huckelriede auf, entsprechende Globalmittelanträge an das Ortsamt zu stellen. Der Beirat reserviert im Globalmittelbudget 15.000,- € für diesen Förderschwerpunkt. Der Beirat Neustadt beschließt weiterhin für das Jahr 2026 die Schwerpunktsetzung bei der Globalmittelvergabe für Projekte in Huckelriede fortzusetzen und bis zu einem Drittel der insgesamt dem Beirat zur Verfügung stehenden Globalmittelsumme (33.456,- €) für Anträge von Trägern bzw. Initiativen für Projekte in Huckelriede zur Verfügung zu stellen.

Entsprechende Anträge in den Jahren 2025 und 2026 müssen bis zum 15. September des jeweiligen Jahres gestellt worden sein, um eine Förderung innerhalb des Haushaltsjahres zu gewährleisten. (einstimmig)

TOP 8. Haushaltsantrag zu: Bereitstellung von Mitteln für Sozialraumläufer:innen im Haushalt 26/27

Analog zum am [27.02.2025 gefassten Beschluss](#), liegt für die heutige Sitzung ein [Beschlussvorschlag](#) für einen Haushaltsantrag vor, welcher die Bereitstellung von Mitteln für Sozialraumläufer:innen im Haushalt 2026/2027 fordert.

Der Beschlussvorschlag wird vom Beiratssprecher kurz erläutert, anschließend erfolgt die Abstimmung.

Beschluss: Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (SASJI), den Senator für Inneres und Sport (SIS) sowie die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) auf, entsprechend der vorliegenden Kostenkalkulation sowie des Konzeptentwurfs im Haushalt 2026 / 2027 Gelder in Höhe von bis zu 94.000 € pro Jahr bereit zu stellen, um Sozialraumläufer:innen in der Bremer Neustadt einsetzen zu können. Die einzusetzenden Teams eines Sicherheitsdienstes sollen für Außenstehende gut erkennbar sein. Ebenso sollen die Teams im Schichtdienst definierte Bereiche abdecken, an denen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigt ist, bzw. die Drogenszene sich konzentriert und hohe Beschwerdelagen von Bürger:innen festgestellt wurden. Zusätzlich sollen sie eine Schnittstelle zwischen Trägern der Sozialen Arbeit, der Polizei, des Ordnungsdienstes sowie von Bürger:innen darstellen und durch ihre Präsenz einen Beitrag zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls leisten. Sie sollen den Bürger:innen als Ansprechpartner:innen dienen und u.a. moderieren z.B. bei drohenden Konflikten. Insbesondere sollen sie zu Zeiten aktiv sein, in denen bestehende soziale Angebote bereits geschlossen und Sozialarbeiter:innen nicht im Dienst sind. Der Beirat Neustadt hebt in diesem Zusammenhang deutlich hervor, dass die Arbeit der Sozialraumläufer:innen nur eine Ergänzung zu den bereits bestehenden Initiativen und Maßnahmen der Sozialen Arbeit, des Ordnungsdienstes und der Polizei darstellen kann. Begründung: In der Bremer Neustadt löst die zunehmende Drogenproblematik (insbesondere rund um den Container am Hohentorspark) weiterhin viele Bürgerbeschwerden aus. Anwohnende beklagen die Zunahme von Beschaffungskriminalität in den umliegenden Wohnstraßen, den offenen Konsum außerhalb des Szenetreffs, sowie liegengelassenes, benutztes Drogenbesteck. Insgesamt wird ein stark eingeschränktes subjektives Sicherheitsgefühl beklagt. Auch Geschäftstreibende z.B. am Neustadtbahnhof, sowie auch am Delmemarkt und der Pappelstraße, beklagen Auswirkungen der Drogenszene. Die zuletzt im Beschluss vom 30.01.2025 formulierten Forderungen des Beirates Neustadt zur Schaffung einer festen Einrichtung der Drogenhilfe in der Neustadt adressieren zwar die zugrundeliegende Problematik, jedoch zeigt sich, dass eine entsprechende Umsetzung in diesem Jahr nicht möglich ist. Ebenso ist festzustellen, dass beim derzeitigen Mitteleinsatz Ordnungsbehörden und Sozialarbeitende nicht über die notwendigen Kapazitäten verfügen, bei diversen Problemlagen präventiv vor Ort zu sein. Sozialraumläufer:innen könnten diese Versorgungslücke proaktiv füllen und im Bedarfsfall bei der Vermittlung von Hilfsangeboten und der Durchsetzung von Regeln unterstützen. Zu betonen ist, dass es sich um eine kurzfristige und provisorische Leistung handeln soll, die nach dem Vorbild anderer Städte mit ähnlichen Problemlagen schnell Abhilfe leistet. Angesichts der massiven Probleme ist dies aus Sicht des Beirates zwingend erforderlich. (einstimmig)

TOP 9. Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen

- a) Initiativantrag des Beirates Neustadt zur Pflege des Gottfried-Menken-Marktes, Antragssumme: 500,00 €

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt, den „Beetpat:innen“ des Gottfried-Menken-Platzes Globalmittel in Höhe von 500 € zu bewilligen. Diese Mittel sollen bis zur Höhe von 260 € für Neu- und Nachpflanzungen verwandt werden und bis zur Höhe von 240 € für die Überholung der drei Bänke auf dem Platz.

Begründung: Die Gruppe am Gottfried-Menken-Platz kümmert sich seit mehreren Jahren zur Freude des Beirats, aber auch der Freude vieler Anwohner*innen um ein großes und ein kleines Beet. Das große Beet um den Baum herum wurde damals zunächst von UBB nur teilweise von wilden Sträuchern befreit und mit frischer Erde befüllt – die Beetpat:innen bepflanzen und pflegen es seitdem. Im letzten Jahr gelang es zu erreichen, dass UBB den Rest des großen Beetes ebenfalls freiräumte und mit Erde auffüllte. Dieser Teil soll nun ebenfalls bepflanzt werden. Und aus dem anderen Teil wurden und werden immer mal wieder Pflanzen entfernt, die ebenfalls ersetzt werden sollen. Die drei Bänke auf dem Markt sind inzwischen sehr schäbig und unansehnlich, sie sollen wieder in einen vernünftigen Zustand versetzt werden. In Eigenarbeit werden die Beetpat:innen diese Sanierung vornehmen: alle Holzplatten müssen einzeln abgeschraubt werden, sie werden abgeschliffen und neu angestrichen, sowohl mit einer Grundlackierung als auch mit mehreren Schichten Farbe. Für die notwendigen Materialien sollen die Beetpat:innen ebenfalls Geld erhalten. (einstimmig)

b) kek Kindermuseum für Bremen e.V., Zuschuss zur Mitmachausstellung 2025 „Kapier Papier – Papier in Kunst und Kultur“, Antragssumme 4.000,00 € (Nr. 15/2025)

Der Antrag wurde bereits im Rahmen der Fachausschusssitzung am 20.03. vorbesprochen. Zur heutigen Sitzung ist die Antragstellerin anwesend und erläutert kurz den Projektinhalt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem kek Kindermuseum Bremen e.V. bis zu 4.000 € aus seinen Globalmitteln für die Durchführung der Mitmachausstellung 2025 „Kapier Papier – Papier in Kunst und Kultur“ zur Verfügung. (einstimmig)

c) Initiativantrag des Beirates zu SummerSounds 2025

Der Beiratssprecher erläutert eingangs den Hintergrund zum vorliegenden Antrag. Um dem Festival Planungssicherheit zu ermöglichen, soll der Förderbetrag, welcher bereits Ende 2024 beschlossen wurde, aufgestockt werden.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Stadtteilmanagement weitere 3.333,09 € für die Durchführung des Summersound Festivals 2025 zur Verfügung. (einstimmig)

TOP 10. Änderung der Beiratsbeteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren

Die LINKE kritisiert das neue Verfahren der Beiratsbeteiligung bei Bauvorhaben. Insbesondere richtet sich die Kritik an die Kurzfristigkeit zwischen Mitteilung und geplanter Umsetzung. Auch wird befürchtet, dass der Beirat nicht mehr in angemessenem Umfang beteiligt wird. Daher wird in der Änderung eine Missachtung der Beiratsarbeit gesehen. Die Fraktion spricht sich dafür aus, den Unmut des Beirates per Beschluss kundzutun und eine Aufschiebung der Änderung bis zum 01.07.2025 zu beantragen.

Die SPD stimmt in dem Punkt zu, dass die Information zu kurzfristig erfolgte. Jedoch werde die rechtliche Einschätzung nicht geteilt. Eine Änderung des Gesetzes über Beiräte und Ortsämter sei nicht erforderlich und mit der Änderung des Verfahrens würden keine Beiratsrechte beschnitten. Lediglich das verwalterische Verfahren werde angepasst. Gemäß §9 berät und beschließt der Beirat über die von den zuständigen Stellen gemäß § 31 erbetenen Stellungnahmen. Hieraus gingen keine Vorgaben über das konkrete Verfahren hervor. Die mit der Änderung beabsichtigte Beschleunigung von Bauverfahren

sollte begrüßt werden. Es sei überflüssig die Verfahren in die Länge zu ziehen, wenn kein Ermessensspielraum in der Sache vorhanden sei. Da wo Ermessen im Baugenehmigungsverfahren vorhanden ist, werde der Beirat weiterhin beteiligt.

Die OAL gibt zu bedenken, dass in der Mitteilung eine Übergangsphase angekündigt wurde, die zeitlich nicht genau definiert wird.

Schlussendlich einigen sich die BM darauf, dass der BS vom Beirat damit beauftragt wird, ein Schreiben an die Behörde aufzusetzen, welches den Unmut über die kurzfristige Information zum Ausdruck bringt und die Anwesenheit eines Referenten zur Thematik im Rahmen der Sitzung des zuständigen Fachausschusses am 15.05. einfordert.

TOP 11. Verschiedenes

-/-

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Fionn Heinemann
Protokollführung